OPEN ACCESS
OPUS AUGSBURG

Universität Augsburg
Universitätsbibliothek

Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie

Reinhard Blum

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Blum, Reinhard. 1981. "Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie." Augsburg: Volkswirtschaftliches Institut, Universität Augsburg.

Nutzungsbedingungen / Terms of use: **licgercopyright**

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:
Deutsches Urheberrecht
Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:
https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/

Institut für Volkswirtschaftslehre

der

Universität Augsburg

Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe

Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie

---

von

Reinhard Blum

Beitrag Nr. 17'

01
QC
072
V922
-17

Universität Augsburg
Memminger Str. 14

Im Dezember 1981

K-14

40/QD 110 B658 M3 +2.
01/QC 072 V922-17

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

ALS WELTWIRTSCHAFTLICHE STRATEGIE

von

Reinhard Blum, Augsburg

Vorläufiges Manuskript zu einem Referat vor dem Ausschuß Entwicklungsländer der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am 27./28.11.1981 in München

GLIEDERUNG

1. Soziale Marktwirtschaft als beste oder zweitbeste Lösung

1.1 Marktwirtschaft als "erstbeste Lösung"

1.2 Die Problematik "zweitbester Lösungen"

1.3 Marktwirtschaftlicher und marxistischer Historizismus

1.4 Freihandel als beste weltwirtschaftliche Entwicklungsstrategie

2. Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie

2.1 Merkmale der Ausgangssituation in der Bundesrepublik

2.2 Soziale Marktwirtschaft als "entwicklungspolitischer Stilgedanke"

3. Entwicklungspolitik als Organisationsproblem statt Entscheidungslogik

3.1 Die Effizienz von Teilsystemen und Gesamtsystemen

3.2 Von der wirtschaftlichen Entscheidungslogik zur Sozialwissenschaft

3.3 Der "Urknall" als Anfang und Ende traditioneller "Denk-Mechanik"

Die historische Perspektive, die Entwicklungsländer als heutige "soziale Frage" der Welt zu sehen, ist nicht mehr ungewohnt. Es bietet sich aus deutscher Erfahrung an, die Soziale Marktwirtschaft als Leitbild bzw. Strategie auch für weltwirtschaftliche Entwicklung zu empfehlen. Dabei fällt auf, daß eigentlich nicht die Tatsache, daß - um eine grobe Größenordnung zu nennen - zwei Drittel der Weltbevölkerung aus der Industrialisierung der Welt wenig oder keinen Nutzen ziehen bzw. sogar Nutzenverluste hinnehmen müssen, der Idee der Sozialen Marktwirtschaft als entwicklungspolitische Strategie Vorschub leistet, sondern erst die - mit gewachsenem politischen Selbstbewußtsein und politischem (Stimmen-) Gewicht - immer stärker gewordene Forderung der Entwicklungsländer nach einer "neuen Weltwirtschaftsordnung". Darüber entsteht nun gerade bei "Marktwirtschaftlern" in Theorie und Praxis keine Aufbruchstimmung, wie sie eigentlich die Idee der Wirtschaftsordnung gemäß den ordnungstheoretischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft aufkommen lassen müßte. Vielmehr überwiegt die Furcht vor einer "Weltplanwirtschaft". Demgegenüber suchen die Entwicklungsländer nach "dritten Wegen" zwischen Markt- und Planwirtschaft, empfinden sich als "dritte Welt" zwischen Ost und West und sehen eine Teilung der Welt nach arm und reich, Nord und Süd.

Die aus den bisherigen Erfahrungen aus marktwirtschaftlicher Theorie und Praxis zu gewinnenden Lösungsansätze sollen im Teil 1 der folgenden Überlegungen charakterisiert werden. Aus der marktwirtschaftlichen Wirtschaftstheorie entsteht die Frage nach der "erstbesten" oder zweitbesten Lösung". Daraus ergeben sich Folgerungen für die Eignung der Sozialen Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Entwicklungsstrategie (Teil 2). Dabei er-

weist sich das traditionelle Denken der Wirtschaftstheorie (Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre) in Maximallösungen (erstbeste Lösungen für Nutzen-, Gewinn- und Wohlfahrtsmaximum) als wenig hilfreich. Das soziale Leben in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung spielt sich nicht in einem durch ökonomische Prinzipien "geschlossenen" System ab, das die eindeutige Bestimmung eines Nutzen-, Gewinn- oder Wohlfahrtsmaximums erlaubt. Die moderne Betriebswirtschaftslehre löst sich mehr und mehr von diesem traditionellen "entscheidungsorientierten Ansatz". Ein "systemorientierter Ansatz" läßt auch Weltwirtschaft als Organisationsproblem in einem neuen Licht erscheinen (Teil 3). Die Problemlösung steht im Vordergrund und nicht die Entscheidungslogik nach alternativen Prinzipien.

1. Soziale Marktwirtschaft als beste oder zweitbeste Lösung

"Ich bin kein Nationalökonom. Aber ich weiß, daß man ohne mehr Markt und Eigeninitiative die Probleme in der Dritten Welt nicht lösen kann". Zu dieser "entwicklungspolitischen Strategie" bekannte sich der neue Präsident der Weltbank A.W.Clausen[1]. Die an der klassischen Wirtschaftstheorie geschulten Wirtschaftswissenschaftler neigen zu derselben Schlußfolgerung - aber gerade weil sie Nationalökonomen sind, ökonomisch, sachlich und nicht politisch entscheiden. Unbestritten stellt der Markt eine der ältesten "sozialen Erfindungen" zur institutionellen Steuerung wirtschaftlicher Interessen dar. Mit der Marktwirtschaft bzw. der "freien Marktwirtschaft" als Idealtyp bzw. Leitbild für wirtschaftliche und soziale Organisation vollzieht sich jedoch eine entscheidende Veränderung in der Zuordnung zwischen wirtschaftlichem und politischem Teilsystem der Gesell-

schaft. Die Verbindung zwischen beiden Bereichen meint der Begriff Politische Ökonomie. Er entstand nicht zufällig gleichzeitig mit der Herausbildung der Wirtschaftswissenschaft als selbständige Wissenschaft, nämlich als Merkantilismus.

1.1 Marktwirtschaft als "erstbeste Lösung"

Hinter den Befürchtungen, eine neue Weltwirtschaftsordnung verleite zur Systemüberwindung, zur "Weltplanwirtschaft" bzw. "internationalen Zentralverwaltungswirtschaft"[2] verbirgt sich die traditionelle Vorstellung, nur die konsequente marktwirtschaftliche Organisation garantiere das Wohlfahrtsmaximum, die "erstbeste Lösung". Dies ist auch einer der Ausgangspunkte in der Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft[3]. Sie trennt deshalb zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Verteilung bzw. sozialer Lenkung. Grundlage dafür ist wirtschaftliches Wachstum. Bestes Mittel zur Erreichung dieses Ziels ist Marktwirtschaft. Sie wiederum erfüllt bereits soziale Forderungen, wie z.B. Leistungs- und Bedürfnisgerechtigkeit. Soziale Steuerung muß darauf Rücksicht nehmen, um das für die Marktwirtschaft unerläßliche Anreizsystem für individuelle Leistung nicht zu zerstören. Das führt zur Vorstellung einer Art "marktkonformer sozialer Lenkung", einer "marktwirtschaftlichen Sozialpolitik". Dabei droht der eigenständige Beitrag des politischen, demokratischen Entscheidungsmechanismus zum Gemeinwohl wieder verloren zu gehen bzw. in den Hintergrund zu treten. Die Ausrufung einer "zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftspolitische Ergänzung"[4] bestätigt einmal die Trennung von

wirtschaftlichem Wachstum und - nachträglicher - sozialer und gesellschaftspolitischer Lenkung und zum anderen die Gefahr eines sozialen bzw. gesellschaftspolitischen Lenkungsdefizits durch den Vorrang des wirtschaftlichen Wachstums. Die soziale und politische Steuerung der Wirtschaft erhält aber eher die Rolle eines Krisenmanagements zur Vermeidung sozialer Spannungen, politischer Krisen und wirtschaftlicher Engpässe. Daraus ergeben sich weitere Phasen der Sozialen Marktwirtschaft[5].

Diese Perspektive unterscheidet sich wesentlich von den Einsichten des neuen Wirtschaftsliberalismus, insbesondere des Ordoliberalismus, daß Fehlentwicklungen, Schäden für das Gemeinwohl sich nur vermeiden lassen, wenn Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik eine Einheit darstellen. Die Priorität der demokratischen, politischen Steuerung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht in der freiheitlich-demokratischen Ordnung durch einen "starken", demokratischen Staat erfordert, daß erst die Weichen gestellt, der Rahmen durch staatliche, politische Eingriffe vorgegeben wird, bevor wirtschaftliches Wachstum sich durch marktwirtschaftliche Selbststeuerung vollziehen kann. Die Wirtschaftspolitik der Industrieländer setzt sowohl einen qualitativen (Ordnungspolitik) als auch einen quantitativen Rahmen (Prozeßpolitik als Globalsteuerung). Nur so läßt sich vermeiden, daß die Politik als eine Art "Feuerwehr" immer erst dann eingreift, wenn mächtige Gruppen die Sicherung ihrer Interessen im Namen des Gemeinwohls durchzusetzen versuchen. Dies meinten ordoliberale Autoren wenn sie von interventionistischen, punktuellen oder dirigistischen Eingriffen sprachen. Damit ist eine Antwort gegeben auf die entscheidende Frage, was zu tun ist, wenn Marktprozesse der Wirklichkeit gemäß dem gesellschafts-

politischen Bewußtsein der Bürger nicht die Ergebnisse hervorbringen, die den Vorstellungen und Erwartungen von Gemeinwohl entsprechen. Insofern besitzen qualitative (ordoliberale) und quantitative (Tinbergen) Theorie der Wirtschaftspolitik denselben Ausgangspunkt: Gemeinwohl hat trotz oder gerade wegen der Selbststeuerung der Wirtschaft durch Marktprozesse seinen Ausgangspunkt in politischen, demokratischen Abstimmungsprozessen.

Diesen Wechsel des Denkmusters (Paradigma in der Sprache der modernen Wissenschaftstheorie) im neuen Wirtschaftsliberalismus verarbeitet die traditionelle Wirtschaftstheorie durch Festhalten an den alternativen Idealtypen Markt- und Planwirtschaft, die auch die Rationalität in "Marktrationalität" und "Planrationalität" spalten[6], überhaupt nicht bzw. es werden pragmatisch "Mischsysteme" als "zweitbeste Lösungen" geduldet. Dieses Denkmuster führt zu paradoxen Schlüssen, Widersprüchen und Konflikten, wenn es dazu dient, das Wohlfahrtsmaximum bei marktwirtschaftlicher Ordnung nachzuweisen. Die dazu benutzte "reine Wirtschaftstheorie" als "Wohlfahrtstheorie" demonstriert jedoch - konsequent zu Ende gedacht -, daß "unter idealen Voraussetzungen" Marktwirtschaft und Planwirtschaft dasselbe Ergebnis für die Wohlfahrt haben[7].

Dieses Ergebnis beruht auf der Verwandtschaft bzw. Gleichheit des Denkmusters, das ökonomischem Prinzip und Rationalität einen "Alleinherrschaftsanspruch" zubilligt. So ergibt die Wohlfahrtstheorie, daß die Bestimmung des Wohlfahrtsmaximums der Marktwirtschaft eine "soziale Wohlfahrtsfunktion" und damit eine Art "wohlwollenden Diktator" voraussetzt, der sie durchsetzt. Aus der Tatsache, daß dies gemäß dem Ausgangspunkt in individueller Freiheit unmöglich ist (Unmöglichkeitstheorem

der Lehrbücher), wird jedoch eine unmögliche Folgerung gezogen: Ein Wohlfahrtsmaximum in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung garantiert nur die Marktwirtschaft. Dieser Schluß jedoch ist unmöglich. Die soziale Wohlfahrtsfunktion als Voraussetzung des Wohlfahrtsmaximums auch bei marktwirtschaftlicher Ordnung zwingt vielmehr zu dem Umkehrschluß, daß in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung die Bestimmung eines Wohlfahrtsmaximums unmöglich ist.

Der gesunde Menschenverstand läßt deshalb auch den an den Alternativen Markt- und Planwirtschaft theoretisch geschulten Ökonomen zu Recht die zweifelnde Frage stellen: "Und möglicherweise ist Unvollkommenheit das Schicksal (und die Hoffnung) dieser Welt"[8]. Die Logik der "reinen Theorie" setzt sich aber erneut durch, wenn zugunsten der Forderung nach "mehr Markt" auf neue, "andere ökonomische Theorien, die zur Rechtfertigung in weit besserem Maße geeignet sind" gehofft wird. Diese Hoffnung nährt eine "ökonomische Theorie" der Politik, der Demokratie, des Rechts und der Gerechtigkeit. Diese neuen Theorien erheben den Anspruch, eine "neue politische Ökonomie" zu sein[9]. Genau besehen erweitern sie aber mit diesem Anspruch lediglich den "Alleinherrschaftsanspruch" ökonomischer, marktwirtschaftlicher Prinzipien in einem geschlossenen Denksystem auf Politik, Recht und Gerechtigkeit. Die Gesellschaft als "Markt- und Tauschgesellschaft" fasziniert auch die Politologen und Soziologen[10]. Ihre Versuche zur Interpretation der ganzen Gesellschaft als "Markt- und Tauschgesellschaft" macht den Unterschied zwischen Markt als gesellschaftlicher Institution und Marktwirtschaft als Idealtyp gesellschaftlicher, sozialer Organisation deutlich. Derselbe Unterschied besteht zwischen politischer Ökonomie im ursprünglichen Sinne (als "poli-

tische Theorie der Ökonomie") und der "ökonomischen Theorie der Politik" als "neuer politischer Ökonomie".

Diese nach einheitlichen Prinzipien rational und ökonomisch geordnete Idealwelt als Denk-Muster führt bei "Markt"- wie bei "Planrationalität" zu der Vorstellung, daß eine Mischung der alternativen Prinzipien zu einem sozialistischen bzw. kapitalistischen "Weg zur Knechtschaft"[11] führt. In volkswirtschaftlichen Lehrveranstaltungen wird dies den Studenten aus marktwirtschaftlicher Sicht als "Ölflecktheorie" veranschaulicht. Diese Mechanik zur Zerstörung des Systems durch Mischung von Markt und Plan steht im Widerspruch zu den "Mischsystemen" der Wirklichkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolgen. Das gilt auch für das mit der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik verbundene Wirtschaftswunder. Die Orientierung am Idealsystem und seinen Prinzipien verursacht "ordnungspolitische Probleme" und die die Wirtschaftspolitik begleitende Frage, ob wir noch eine Marktwirtschaft haben oder sie durch die "Sozialkomponente" transformieren[12]. Die Duldung von Mischsystemen als "zweitbeste Lösungen" wirft neue Probleme auf.

1.2 Die Problematik "zweitbester Lösungen"

Die traditionelle (reine) Wirtschaftstheorie liefert gleichzeitig eine Rechtfertigung der besten Lösung durch marktwirtschaftliche Ordnung, aber auch Rechenschaft darüber, unter welchen Voraussetzungen sich das theoretisch abgeleitete Wohlfahrtsmaximum einstellt. Daraus folgt "Marktversagen" oder "Praxisversagen": Der Markt versagt, weil nicht alle Kosten und Erträge in der Gesellschaft in Marktprozessen berücksichtigt werden

(externe Effekte); die Praxis versagt, weil die Märkte oder der Wettbewerb "unvollkommen" oder nicht "funktionsfähig" sind. In beiden Fällen bedarf das wirtschaftliche Geschehen - als Teilsystem der Gesellschaft - der Steuerungsimpulse aus einem übergeordneten System. Sammelbegriff sozialer und gesellschaftlicher Ordnung ist der Staat, in moderner Form als freiheitlich-demokratische Ordnung charakterisiert.

Dem traditionellen marktwirtschaftlichen Denken bzw. Paradigma widerstrebt jedoch das Zugeständnis, daß der Staat, politische Prozesse "klüger" sein sollen, als der Markt. Wirtschaftstheorie, die beabsichtigte, marktwirtschaftliche Prinzipien zu rechtfertigen, aber auch gleichzeitig Rechenschaft über ihre "Anwendungsbedingungen" ablegt[13], erscheint deshalb als "Waffe in den Händen der Kritiker der Marktwirtschaft"[14]. Neue, bessere Rechtfertigung versprechen neue, marktwirtschaftliche Theorien, wie die erwähnte "neue politische Ökonomie". Sie bildet (als public choice theory) die Grundlage einer "Theorie des Staatsversagens", des "Demokratie-Versagens" (Abstimmungsparadoxon) nach der Daumenregel: Auch "unvollkommene" Marktprozesse sind immer noch besser als ein unvollkommener bürokratischer Staat. Das Ideal der marktwirtschaftlichen Abstimmung dient damit wieder als Vergleichsbasis bei der Beurteilung politischer Prozesse in der Wirklichkeit. Der Staat als Antwort auf "Marktversagen" gilt als "Nirwana-Ansatz" (in der Theorie der Wirtschaftspolitik neutraler "holistischer Ansatz" genannt); der "Nirwana-Ansatz" hinter der Forderung nach mehr Markt gerät aus dem Blickfeld[15].

Für die Ordnung der Weltwirtschaft ergibt sich aus dieser Perspektive:
Gerade die Unübersichtlichkeit und Vielfalt weltwirt-

schaftlicher Beziehungen verbietet eine Orientierung an der "Planrationalität" und spricht für die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Lösungen. "Sie fordern nämlich die geringste Übereinstimmung der Beteiligten hinsichtlich der politischen, religiösen und moralischen Fragen." Daraus folgt: "Das Ordnungsmodell Markt ist in einer sehr labilen Weltlage ein kollektives Sicherungssystem, auf das die Politiker unter keinen Umständen verzichten dürften, ja das sie ausbauen sollten"[16].

Jede Orientierung der - unvollkommenen - Wirklichkeit an einem Idealtyp der Ordnung, einem Idealsystem wirft die Frage auf, nach welchen Maßstäben die Ordnung sich richtet, solange die "idealen Voraussetzungen" in der Wirklichkeit noch nicht erfüllt sind[17]. Die marxistische (planwirtschaftliche) Theorie entwickelt die Vorstellung einer sozialistischen Übergangsphase (mit "Diktatur des Proletariats" gemäß historisch abgeleiteten Entwicklungsgesetzen). In der marktwirtschaftlichen Theorie der Wirtschaftspolitik gemäß neuem Wirtschaftsliberalismus (Ordoliberalismus) wird der Staat als Sanktionsmechanismus einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft zum Ordnungsfaktor. Er schafft im Idealfall den Ordnungsrahmen für funktionsfähigen Wettbewerb (Ordnungspolitik) oder steuert die Marktprozesse solange und so weit wie funktionsfähiger Wettbewerb nicht herstellbar ist, nach - aus der traditionellen Wirtschaftstheorie abgeleiteten - Ergebnissen, "als ob Wettbewerb herrschen würde".

Aus der Blickrichtung des traditionellen wirtschaftstheoretischen Paradigmas und seiner Erweiterung zur "ökonomischen Theorie der Politik" huldigt der Ordoliberalismus einer "paternalistischen Staatsauffassung", klebt an der Vorstellung des "wohlwollenden Diktators"[18]. Die Marktwirtschaft als Idealsystem verleitet so zur Konservierung der "paternalistischen Staatsauffassung" als "Feindbild" und ignoriert den Wandel zum

demokratischen Staat in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Gemeinwohl aus Marktrationalität, aus der "Alleinherrschaft" des ökonomischen Prinzips stellt die beste Lösung dar, politische Prozesse, Eingriffe des Staates sind Störfaktoren, zweitbeste Lösungen. Die "Theorie des Staatsversagens" setzt das traditionelle "Unwert-Urteil" marktwirtschaftlichen Denkens über Politik und Staat fort. Staatliche Eingriffe verursachen gemäß diesem Vorurteil volkswirtschaftliche Kosten; die volkswirtschaftlichen Erträge geraten aus dem Blickfeld[19]. Die "wohlwollende Diktatur der Kaufkraft" dient dem Gemeinwohl eher als die Mehrheit der Stimmen in demokratischen Prozessen. Sie werden zur - weniger wohlwollenden - "Diktatur der Mehrheit".

Um ihr zu entgehen, galt es nach der Entdeckung der "unvollkommenen Märkte" in der Wirklichkeit zunächst als eine kluge wirtschaftspolitische Strategie, die Unvollkommenheiten zu reduzieren, sich der "vollständigen Konkurrenz" wenigstens anzunähern, um dem Wohlfahrtsmaximum, der besten Lösung wenigstens nahe zu kommen. Diese Erwartung zerstörte die "Theorie des Zweitbesten"[20]. Sie zeigte, daß bei "Unvollkommenheit" des Marktes die Hinzufügung einer weiteren Unvollkommenheit eine bessere Annäherung an das Wohlfahrtsmaximum darstellen kann als die Verminderung der Unvollkommenheiten. Der Ausweg aus dieser Sackgasse traditionellen marktwirtschaftlichen Denkens ist eine neue, dynamische marktwirtschaftliche Theorie. In ihr stellen "Unvollkommenheiten" gemäß der traditionellen Wirtschaftstheorie, wirtschaftliche Macht, große Unternehmen - gegenüber vielen kleinen, machtlosen - die eigentlichen dynamischen Kräfte der Wirtschaft dar . Der Amerikaner J.K.Galbraith fand - als Fortsetzung einer Idee von

J.Schumpeter über Wettbewerbsprozesse außerhalb der Wirtschaft - eine neue Formel für die "unsichtbare Hand" bei Adam Smith: Macht erzeugt Gegenmacht, so daß in der Wirtschaft und in der gesamten Gesellschaft ein sich selbst kontrollierendes "System von Gegenkräften" entsteht (system of countervailing power)[21]. Wie Schumpeter korrigierte sich aber auch Galbraith in späteren Analysen. Der eine entdeckte in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft eine Tendenz zu sozialistischen Lösungen, der andere entdeckte den "militärisch-wirtschaftlichen Komplex" als Bedrohung marktwirtschaftlicher und demokratischer Ordnung[22]. Ordoliberale Autoren sprachen bereits vom "Wirtschaftsstaat".

Damit gewinnt die Botschaft des neuen Wirtschaftsliberalismus neue Aktualität. Auf eine kurze Formel gebracht verkündet diese Botschaft: Erst die durch Zusammenwirken von demokratischen und marktwirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zustandegekommene soziale Organisation gibt der Dynamik der Marktprozesse die Richtung, die das Gemeinwohl erfordert. Es ist gerade für die Entwicklungsländer von zentraler Bedeutung, sich dieser neuen Botschaft (dieses neuen Paradigmas) des neuen Wirtschaftsliberalismus zu erinnern, um Fehlentwicklungen marktwirtschaftlicher Prinzipien bei Anwendung auf weltwirtschaftliche Organisation zu vermeiden und damit den Entwicklungsländern - aber auch den Industrieländern als "weltwirtschaftliche marktbeherrschende Organisationen" - mühsame Lernprozesse von vornherein zu ersparen. Dazu bedarf es der Einsicht in einen weiteren Teufelskreis marktwirtschaftlichen Denkens, d.h. "reiner Wirtschaftstheorie".

1.3 Marktwirtschaftlicher und marxistischer Historizismus

Es zeigt sich, daß der Ausgangspunkt in der individuellen Freiheit eine Selbsttäuschung darstellt. Ökonomisches Prinzip und daran anknüpfendes logisches, rationales Denken eines fiktiven "ökonomischen Menschen" (homo oeconomicus) ersetzt die individuelle Freiheit. Nur auf diese Weise läßt sich ein Wohlfahrtsmaximum des Systems beweisen - mit dem systemnotwendigen Makel der sozialen Wohlfahrtsfunktion als unverzichtbare Voraussetzung. Die das marktwirtschaftliche Denken begleitende individualistische "Wirtschaftsphilosophie", insbesondere des Veteranen und Trägers des Nobelpreises für Wirtschaft, Friedrich von Hayek, erkennt die Aufhebung individueller Freiheit durch konsequentes marktwirtschaftliches Denken sehr früh. Er fordert, den Mangel durch weniger Anmaßung von Wissen[23] zu überwinden. Unversehens schleichen sich dabei jedoch Denkmuster ein, die der Biologie (organizistisches Denken) statt der Physik (mechanisches Denken) entstammen. Danach entstehen gesellschaftliche Ordnungen zwar nicht nach dem Maximierungskalkül aus einem Modell gemäß dem ökonomischen Prinzip, sondern in einem jahrtausendewährenden Selektions- und Evolutionsprozeß durch Überleben und Bewährung. Die sich auf diese Weise ergebenden Institutionen und Regeln der Gesellschaft stellen dann die notwendigen Bedingungen des Wohlfahrtsoptimums dar. Menschliche Intelligenz und Weisheit besteht darin, sich den so entstandenen Ordnungen und Regelungen zu unterwerfen.

Damit geht individuelle Freiheit, aber auch Freiheit einer mündigen Gesellschaft, soziale Organisation gemäß selbst gewählten Zielen und Zwecken zu gestalten, wieder verloren. Der Evolutionsprozeß scheint auf geheimnisvolle Weise beim Kapitalismus, den Prinzipien und Regeln

einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu enden[24]. Eine "Wirtschaftsphilosophie", die auszog den (marxistischen) Historizismus[25] und seine Entwicklungsgesetze zu bekämpfen bzw. zu widerlegen, endet wegen Benutzung derselben, den Naturwissenschaften entlehnten Denkmuster sowie derselben historischen Erfahrung ebenfalls in einem (liberalistischen, individualistischen) "marktwirtschaftlichen Historizismus".

Der historische, logisch-theoretische sowie wirtschaftsphilosophisch untermauerte Hintergrund gibt der traditionellen Wirtschaftstheorie - trotz der aufgezeigten Sackgassen der Wohlfahrtstheorie - die Sicherheit, die Eignung der Marktwirtschaft bzw. der Sozialen Marktwirtschaft als entwicklungspolitische Strategie erneut auf der Grundlage der aus der Wohlfahrtstheorie abgeleiteten Kriterien zu beurteilen. Zwar müssen wegen der Unvollkommenheiten der Wirklichkeit (genauer wegen der Menschen, die sich nicht so verhalten, wie sie es nach reiner Theorie sollten - mit den gegebenen Bedingungen variierende Mischsysteme akzeptiert werden; sie bleiben aber "zweitbeste Lösungen", die einen Verlust an "theoretisch" möglicher Wohlfahrt darstellen. Ein Beispiel dieser Behandlung der Probleme der Entwicklungsländer unter vorbildlicher Abwägung, ob die Voraussetzungen marktwirtschaftlicher oder planwirtschaftlicher Lenkung in Entwicklungsländern besser erfüllt sind, bietet Hemmer in seinen "Wirtschaftsproblemen der Entwicklungsländer"[26]. Die Problematik "zweitbester Lösungen" findet - beinahe typisch für die marktwirtschaftliche Theorie der Wirtschaftspolitik - keine Beachtung. Sie ist am ehesten geeignet, die zweifelnden Fragen entstehen zu lassen, ob in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung überhaupt verbindliche Aussagen über ein Maximum an Wohlfahrt gemacht werden kann. Diese Modellvorstellung

besitzt für den Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen noch einen weiteren Mangel.

1.4 Freihandel als beste weltwirtschaftliche Entwicklungsstrategie

Jahrhundertelang behandelt die klassische Wirtschaftstheorie - in Fortsetzung der merkantilistischen - die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge als Außenhandelstheorie bzw. Theorie des internationalen Handels. Die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gelten - entgegen der empirischen Erfahrung in der Wirklichkeit - als innerhalb der nationalen Grenzen gebunden. Die darin produzierten Güter werden gemäß den komparativen Vorteilen der einzelnen Länder getauscht. Die diesem Paradigma folgende Freihandelstheorie weist den Weg zum Wohlfahrtsmaximum der Welt. Entsprechend den "Marginalbedingungen der Wohlfahrtstheorie" für ein Maximum gehört dazu auch eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes über eine Angleichung der Preise (Löhne und Zinsen) für die, in einzelnen Ländern in unterschiedlichem Umfang vorhandenen Produktionsfaktoren (Heckscher-Ohlin-Theorem). Gemäß dieser Denktradition ist "Entwicklung durch Handel", ja sogar "Entwicklungshilfe durch Handel" (aid by trade) der Kern entwicklungspolitischer Vorstellungen marktwirtschaftlich geschulter Ökonomen aus den Industrieländern.

Protektion, gar Autarkie, bedeutet Ineffizienz- und damit Wohlfahrtsverlust. Daraus folgt - konsequent gemäß dem Denkmuster Marktwirtschaft oder Planwirtschaft zu Ende gedacht -, daß die "Autarkie-Idee", gleichgesetzt mit der "Idee der Selbstgenügsamkeit", für den ökonomischen Theoretiker "unbegreiflich", für den Statistiker

"unmöglich" und für den Wirtschaftspolitiker unzweckmäßig ist. Autarkieargumente gelten als Ausdruck "nationalökonomischer Pathologie"[27]. Wie aber wollen so geschulte Ökonomen zu einer abgewogenen und sachgerechten Beurteilung entwicklungspolitischer Strategien kommen, die "bedürfnisorientierte" statt exportorientierte Entwicklung anstreben, Selbstvertrauen (self reliance) statt weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung? Hier liegen auch die Wurzeln jener Befürchtungen, die in dem Wunsch nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung die Gefahr einer "internationalen Zentralverwaltungswirtschaft" wittern. Umgekehrt ist es dann kein Zufall, daß die Forderungen nach "Selbstgenügsamkeit", Konzentration auf die eigene, nationale Bedürfnisstruktur von Ökonomen oder Politologen kommen, die dem "sozialistischen Lager" näher stehen als dem marktwirtschaftlichen[28]. Dem Denken entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip statt dem Individualprinzip bzw. statt dem marktwirtschaftlichen Denken ist die Idee der Selbstgenügsamkeit dagegen nicht Dummheit, sondern aus der historischen Erfahrung und den herrschenden Verhältnissen gewonnene Lebensweisheit. Doch die Freihandelstheorie beweist, wie die "reine ökonomische Theorie" insgesamt, daß sie sich über die Menschen und ihre Lebensbedürfnisse zugunsten eines Prinzips hinwegsetzt. Die Freihandelstheorie ist deshalb besonders gut geeignet zu zeigen, wie Prinzipien sich unter einmaligen historischen Bedingungen Geltung erwerben und dank "reiner Theorie" auch erhalten.

Die historische Relativierung des Freihandelsprinzips[29] als "merkantilistischer Rest" bzw. situationsabhängiges Organisationsprinzip ist nützlich, weil ähnliche pragmatische Überlegungen in den Anfängen der deutschen Industrialisierung einen Schutz heimischer "junger Industrie" gegenüber der überlegenen englischen Konkurrenz

begründen. Einer der Vorläufer der deutschen Historischen Schule, Friedrich List, schafft mit seinem "nationalen System der politischen Ökonomie" die theoretischen Grundlagen einer Politischen Ökonomie als "Nationalökonomie". Die Grundlage des Reichtums bildet nicht die Ausstattung mit Ressourcen, sondern die zweckmäßige soziale Organisation zu ihrer Nutzung. Die Freihandelstheorie englischer Ökonomen nennt List folgerichtig eine "nationale Theorie". Das Ziel Freihandel setzt somit eine Art Merkantilismus voraus. Das ökonomische "Un-Wert-Urteil" über die Autarkie erlaubt jedoch keine angemessene theoretische Würdigung dieser wirtschaftspolitischen Entwicklung.

Die Zwiespältigkeit der neoklassischen Perspektive wird bis heute an der Behandlung der außenwirtschaftlichen Freiheit deutlich. Wirtschaftlich starke Länder bekennen sich zum Freihandel[30], die Schwachen verlangen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, nach einem "fairen Freihandel". Französische Außenwirtschaftsexperten forderten vor einiger Zeit im Zusammenhang mit den Diskussionen um das neue "Welt-Textilabkommen" einen "organisierten Freihandel" statt des traditionellen Freihandels. Dieser "Neomerkantilismus" findet aber Ablehnung auf der Basis der klassischen Freihandelstheorie. Niehans bietet ein frühes Beispiel dafür, die neuere Literatur setzt die Kritik aus derselben klassischen Perspektive fort. Sie trifft die Versuche regionaler Integration (wie die Europäische Gemeinschaft) ebenso, wie die protektionistische Agrarpolitik Europas in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft[31]. Für die klassische und neoklassische Perspektive ist Neomerkantilismus Ausfluß ökonomischer Dummheit. Das ist so sicher, daß die Problematik "zweitbester Lösungen" in einer nicht im Sinne des Freihandels vollkommenen Welt gar nicht in den Blick gerät oder gegen das Staatsversagen

"aufgerechnet" wird.

Protektion ist gerade für Entwicklungsländer - auch in konsequent zu Ende gedachter marktwirtschaftlicher Theorie - "Notwehr", bzw. "zweitbeste Lösung" der schwächeren in einer im Sinne des Idealzustandes unvollkommenen Welt. Wenn das Problem des Zweitbesten wenigstens Erwähnung findet, trifft die wirtschaftspolitischen Konsequenzen sofort das "Unwert-Urteil" des sich der Rationalität und Logik der Wirtschaftstheorie bewußten Ökonomen: "Das fundamentale Problem ist bei allen zweitbesten Argumenten, daß die Bestimmung von Bedingungen, unter denen eine zweitbeste Politik in der Wirklichkeit zu einer Verbesserung der sozialen Wohlfahrt führt, detaillierte theoretische und empirische Untersuchungen durch einen erstbesten Ökonomen erfordert. Unglücklicherweise wird jedoch Politik im allgemeinen durch viertbeste Ökonomen formuliert und durch drittbeste Ökonomen realisiert; es ist daher sehr unwahrscheinlich, daß ein zweitbestes Wohlfahrtsoptimum aus einer auf zweitbesten Argumenten gegründeten Politik hervorgeht"[32].

Dieses Vorurteil führt dazu, daß im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern historische Lernprozesse erneut stattfinden müssen, erzwungen durch den politischen Druck der Benachteiligten. Entwicklung durch Freihandel, wirtschaftliches Wachstum durch Unterwerfung unter die marktwirtschaftlich gesteuerte weltwirtschaftliche Arbeitsteilung erweist sich - werden aus der "reinen Theorie" gewonnene Hypothesen ernsthaft empirisch getestet - auch für die Industrieländer als widerlegt: Die Theorie der komparativen Kosten gilt bestenfalls in der abgewandelten Form, daß die Vorteile entsprechend der nationalen wirtschaftlichen Entwicklung entstehen. Sie, ihre Produktionsstruktur bestimmt den Außenhandel (Lin-

der-Hypothese [33]).Exportieren lohnt sich danach - entgegen den Folgerungen aus der Freihandelstheorie, aber entsprechend der Erziehungszoll-Theorie von List - erst wirklich, wenn das heimische Produktionsniveau durch Protektion, Importsubstitution auf der Basis der heimischen Nachfrage entwickelt worden ist[34].

In einer Welt der Ungleichheit entpuppt sich die Freihandels-Forderung besonders deutlich als eine "wirtschaftliche Politik der Stärke". Das erklärt, warum die Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern wenig zu verlieren haben, wenn sie den Freihandel zur besten weltwirtschaftlichen Strategie erklären, umso mehr, da die eigene Volkswirtschaft durch historisch gewachsene nationale und internationale Schutzvorkehrungen und Organisationsstrukturen - grob als alte Weltwirtschaftsordnung zu charakterisieren - einen Platz in der Weltwirtschaft gefunden hat. Dies ändert sich mit zunehmendem Druck von industriell erzeugten Gütern aus Entwicklungsländern, ihrem gewachsenen wirtschaftlichen und politischen Selbstbewußtsein. Deutlicher Ausdruck dafür ist die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Ihr steht vor allem die Tatsache entgegen, daß sich in der traditionellen Außenhandelstheorie als Weltwirtschaftstheorie das klassische marktwirtschaftliche Paradigma am strengsten hielt und die Einbeziehung "neuer theoretischer Gesichtspunkte, welche die veränderten Bedingungen des 2o. Jahrhunderts berücksichtigen wollen, erschwert". Hinzu kommt ein "relativ enger Kontakt zwischen theoretischer Argumentation und wirtschaftspolitischer Praxis". Die Wirtschaftspolitik fühlt sich "mehr als üblich" verpflichtet, "sich am theoretischen Modell zu reiben", sich ihm gegenüber zu rechtfertigen[35]. Ansätze einer "neuen Weltwirtschaftsordnung"

aus der Perspektive der Industrieländer demonstriert das "Welt-Textilabkommen". Diese Einsichten gilt es zu beachten, wenn auf Marktwirtschaft bzw. Soziale Marktwirtschaft als entwicklungspolitische Strategie zurückgegriffen wird.

2. Soziale Marktwirtschaft als weltwirtschaftliche Strategie

Um die Problematik in den Griff zu bekommen, ist es notwendig, sich daran zu erinnern, daß Theorie und Praxis ergeben, daß weder Marktwirtschaft noch Planwirtschaft allein in den Industrieländern Wohlfahrt geschaffen haben, sondern nur in den einzelnen Ländern[36] und in der Zeit variierende "Misch-Systeme". Am Anfang sollte deshalb die Frage stehen, welche besonderen Ausgangs- und "Anwendungsbedingungen" in der Bundesrepublik beim Start mit der Sozialen Marktwirtschaft bestanden und wie sich die weitere Entwicklung charakterisieren läßt.

2.1 Merkmale der Ausgangssituation in der Bundesrepublik

Die in erster Linie als "progressiver, der Ausgestaltung harrender Stilgedanke" verstandene Soziale Marktwirtschaft stellte in der Situation nach 1945 dem "sozialistischen Zeitgeist" eine marktwirtschaftliche Alternative gegenüber. Sie versprach die vom Sozialismus herausgestellten Ziele auf eine bessere, freiheitlichere Weise mit marktwirtschaftlichen Prinzipien zu erreichen. Im Vordergrund stand der Interessenausgleich zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen (Friedensfor-

mel, "irenische Formel") unter Wahrung der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft. Als Lösung erschien ein "dritter Weg" zwischen Sozialismus und Kapitalismus, Ost und West. Dieser dritte Weg sollte es sogar erlauben, "mehr Freiheit mit mehr Sozialismus" zu verbinden[37]. Der Ordoliberalismus bietet sich als Abgrenzung zum alten Wirtschaftsliberalismus sowie zur Sicherung des Gemeinwohls durch konsequente vom Staat zu gestaltende Wirtschaftsordnung an.

Die "Ordnung der Wirtschaft" aber trat angesichts der Dekartellierung und Entflechtung der Siegermächte sowie der von ihnen nach 1945 zunächst erhaltenen nationalsozialistischen "Kriegs- und Planwirtschaft" in den Hintergrund. Die Herstellung "unternehmerischer Freiheit" und des Vertrauens in ihre durch marktwirtschaftliche Prinzipien gesteuerten wohlstandssteigernden Wirkungen erschien als Gebot der Stunde. Weniger dringlich war - abgesehen von den Regelungen für den Lastenausgleich - auch die soziale Steuerung. Das alte System sozialer Sicherung in Deutschland bot eine gute Grundlage auch für die Zukunft.Das machte es leicht, Wachstumspolitik als die beste Sozialpolitik zu erklären und Marktwirtschaft, mehr Markt als beste Wachstumspolitik. Marktwirtschaft schien auch wegen des in Besatzungszonen gespaltenen und später föderativen "schwachen Staates" der Nachkriegszeit eine bessere Realisierungschance zu bieten, bzw. sogar die Chance, die wirtschaftliche Einheit trotz politischer Spaltung zu erhalten. Ein ähnlicher Pragmatismus kennzeichnet auch den behutsamen Übergang zur marktwirtschaftlichen Ordnung sowie die Schaffung eines Ordnungsrahmens, der den sich ändernden wirtschaftlichen Bedingungen Rechnung trägt (Phasen der Sozialen Marktwirtschaft).

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK AUGSBURG

2.2 Soziale Marktwirtschaft als "entwicklungspolitischer Stilgedanke"

Soziale Marktwirtschaft als "Friedensformel" zur Lösung von Konflikten erhält auch im Rahmen der Weltwirtschaft zentrale Bedeutung. Das gleiche gilt für die Rolle als "marktwirtschaftliche Alternative", als "dritter Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Ost und West. Alle anderen Ausgangsbedingungen der Entwicklungsländer unterscheiden sich aber nicht unwesentlich von der charakterisierten Situation in der Bundesrepublik. Die Betonung von unternehmerischer Freiheit und Freihandel trifft in Entwicklungsländern auf ganz andere Voraussetzungen. Ihre Sorge besteht ja gerade darin, daß die eigenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen von der wirtschaftlichen Macht großer multinationaler bzw. transnationaler Unternehmen oder allgemein der wirtschaftlichen Macht der Industrieländer als einheitliche weltwirtschaftliche Organisation unbeachtet bleiben. Die zentrale Empfehlung der Sozialen Marktwirtschaft, wirtschaftlichem Wachstum, insbesondere industriellem Wachstum vor Verteilung Priorität zu geben, und das marktwirtschaftliche Vertrauen in den Freihandel hat zwar die ersten Jahrzehnte Entwicklungspolitik der Industrieländer geprägt. Der Mißerfolg dieser Strategie innerhalb der Entwicklungsländer (intranational) und im Vergleich der Entwicklungsländer untereinander (international) führte zu einem Wandel der Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen in der zweiten Dekade von einer "wachstumorientierten" zu einer "sozialorientierten" bzw. "bedürfnisorientierten Entwicklungsstrategie". Die Grundbedürfnisse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern stehen jetzt im Vordergrund. Die Strategie der Vereinten Nationen für die 8oer Jahre (dritte Dekade) setzt die Neuorientierung fort und macht zusätzlich eine

neue Weltwirtschaftsordnung zu einem zentralen Anliegen[38]. Die historische Erfahrung mit der Marktwirtschaft in den Industrieländern, insbesondere in Deutschland, legt es nahe, in diesem Wandel der Entwicklungsstrategie bereits Wiederholungen der Lernprozesse von der "freien" zur "sozialen Marktwirtschaft" zu diagnostizieren.

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß Soziale Marktwirtschaft entsprechend den anderen Ausgangsbedingungen der Entwicklungsländer nicht unternehmerische Freiheit, Marktwirtschaft und wirtschaftlichem Wachstum Priorität geben kann, wie es die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik tun konnte, sondern eher Ausgangsbedingungen vorfindet, die jenen des Ordoliberalismus nach der Weltwirtschaftskrise entsprechen. Die Idee der Wirtschaftsordnung muß Priorität haben. Die Gestaltung des Rahmens zur Sicherung des Gemeinwohls und die Funktionsfähigkeit marktwirtschafftlicher Prinzipien ist wichtiger als ein wirtschaftliches Wachstum in der falschen Richtung. In modernen Schlagworten findet sich dieses Problem auch in den Industrieländern wieder als "quantitatives" und "qualitatives Wachstum".Für die Priorität des Wachstums vor der Verteilung fehlt nicht nur das solide Fundament einer, das Gemeinwohl repräsentierenden sozialen Ordnung in den Entwicklungsländern, sondern auch eine freiheitlich-demokratische Ordnung mit entsprechenden Sanktionsmechanismen zur Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Die wachstumsorientierte Entwicklungsstrategie der ersten Jahrzehnte der Entwicklungspolitik hat im Gegenteil organisch gewachsene soziale Strukturen zerstört, ohne - ähnlich der Situation in den Industrieländern im 19. Jahrhundert - diesen Verlust zu ersetzen. Im Gegenteil, es wird betont, daß das eine der Souveränität der Entwicklungsländer entsprechende nationale Aufgabe darstellt.

Die marktwirtschaftlichem Denken entsprechende Logik, bei "Staatsversagen" mehr Markt zu empfehlen, führte ja gerade zu dem Wandel in der Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen. Angesichts der "Organisationsmängel" hilft auch "Keynesianismus" entsprechend den Erfahrungen in den Industrieländern nach der Weltwirtschaftskrise nicht weiter. Die Stabilisierungspolitik nach diesem Muster unterstellt ja gerade, daß die Richtung die Marktprozesse weisen und der politische Steuerungsmechanismus nur für "stabilisierende" Korrekturen sorgt. Diese Politik empfiehlt sich höchstens als Gleichschritt von Ordnungs- und Prozeßpolitik. Dabei hat - entsprechend ordoliberalen Prioritäten - die Ordnungspolitik voranzugehen.

Diese Überlegungen bedeuten für die Entwicklungsländer, daß Soziale Marktwirtschaft als entwicklungspolitische Strategie nicht als Marktwirtschaft mit korrigierender bzw. nachfolgender Verteilung verstanden werden kann, sondern entsprechend der Strategie der zweiten und dritten Dekade der Vereinten Nationen auf Sicherung der Grundbedürfnisse der Masse der Bevölkerung in den Entwicklungsländern sowie auf eine neue Weltwirtschaftsordnung zur langfristigen Umgestaltung jenes alten Ordnungsrahmens der Weltwirtschaft gerichtet sein muß, der den "NordSüd-Konflikt" hervorgebracht hat. Dies ist keine Beantwortung einer "Schuldfrage", sondern nur Anwendung der Erfahrungsregel, daß unbefriedigende soziale Zustände nur geändert werden können, wenn sich die "Verhältnisse" ändern, unter denen sie entstanden sind. Andernfalls versucht eine "reine Theorie" es dem Lügenbaron Münchhausen nachzumachen, der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen wollte.

Die Empfehlungen mehr Markt oder mehr Staat bringen die Wirtschaftspolitik in eine ähnliche Situation. Die Denkmechanik nach Markt- oder Planrationalität führt offensichtlich auch bei Ökonomen und Politikern in den Industrieländern - trotz aller historischer Erfahrung - immer wieder zu der Vermutung, daß mehr Markt zu mehr Freiheit und Wohlstand, mehr Planung und Ordnung der Wirtschaft in die "Weltplanwirtschaft" oder "internationale Zentralverwaltungswirtschaft" einmünden muß. Daraus leitet sich die Vorliebe ab, zur Sicherung von Freiheit und Wohlfahrtsmaximum sowie zur Garantie der notwendigen "Allokations-Effizienz" erst Marktwirtschaft als Mittel zu wirtschaftlichem Wachstum zu empfehlen und dann die Verteilung, die "gesellschaftspolitische Ergänzung" nachzuholen oder sie gar von der wirtschaftlichen Entwicklung automatisch zu erwarten. Das Problem, daß die wirtschaftliche Dynamik inzwischen soziale Strukturen, soziale Organisation und gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen oder gefestigt hat, die das Nachholen der Verteilung in Frage stellen, bleibt unbeachtet - ebenso wie die "sozialen Kosten" des Nachholens, die bis zu sozialen und politischen Krisen oder gar Revolutionen anwachsen können. Ganz abgesehen davon, daß eventuell einer ganzen Generation von Menschen, der "Nutzen" der sozialen Kosten entgeht. Dies entspricht auch der Einsicht von Keynes und seiner "Revolution" im wirtschaftstheoretischen Denken, daß wir langfristig alle tot sind. Diese Erkenntnis der dialektischen Beziehungen zwischen Wachstum und Verteilung, marktwirtschaftlichen und sozialistischen Lösungen entspringt der Wunsch der Sozialen Marktwirtschaft, "Friedensformel" zur Lösung sozialer Konflikte zu sein, dritter Weg, ja sogar eine Synthese aus "mehr Freiheit und mehr Sozialismus". Den vorliegenden Versuchen zur Empfehlung der Sozialen Marktwirtschaft als entwicklungspolitische Strategie scheint

es wie der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik zu gehen: "Nur allzu häufig begnügte man sich mit dem Hinweis auf das politische Gewicht dieser Konzeption, ohne bereit zu sein, an ihrer gedanklichen Fassung weiterzuarbeiten"[39]. Es ließe sich die These aufstellen, daß mit Zunahme des "theoretischen Selbstbewußtseins" der Autoren, die Zurückhaltung gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft, ihrem pragmatischen Charakter als "dritter Weg" zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft zunimmt. Das beginnt bereits mit der Vermeidung des Begriffs "soziale Marktwirtschaft" [40]. Darin äußert sich der charakterisierte Konflikt der traditionellen Wirtschaftstheorie, "Mischsysteme" der Wirklichkeit über eine pragmatische Duldung hinaus mit dem traditionellen Denkmuster gemäß Marktrationalität bzw. Planrationalität angemessen theoretisch zu untermauern. Das führt zu einem Mißtrauen bzw. gar "Unwert-Urteil" über politische, demokratische Abstimmungsprozesse auf weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Ebene. Die "soziale Marktwirtschaft" als "weltwirtschaftliche Friedensformel" zur Konfliktlösung kommt dann über die Hoffnung nicht hinaus, daß Marktwirtschaft die beste Konfliktlösung darstellt, weil alle Beteiligten "gewinnen" und sich so eine Harmonie der Interessen einstellt. Diese Erwartung prägt auch den kürzlich vorgelegten Bericht der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Kommission)[41]. Dagegen setzt der, vom "Geist des Club of Rome"und seiner Forderung nach "Null-Wachstum "geprägte" Tinbergen-Bericht zur Reform der Weltwirtschaftsordnung die Akzente anders. Er unterstreicht die vorrangige Bedeutung der vereinten "Macht der Armen" (poor collective power), um die Industrieländer im politischen Entscheidungsprozeß zu mehr Konzessionen zugunsten eines "wirklichen Ressourcen-Transfers" (genuine transfer of resources) zu zwingen[42].

Die Befürworter einer Sozialen Marktwirtschaft für Entwicklungsländer bzw. für die Weltwirtschaft müssen sich zunächst entscheiden, ob sie mit diesem "Stilgedanken" die Botschaft des alten Wirtschaftsliberalismus oder die des neuen Wirtschaftsliberalismus vermitteln wollen.Die alte Botschaft kann in Entwicklungsländern nur dazu führen, marktwirtschaftliche Prinzipien weiterhin für die Lösung der Probleme in Mißkredit zu bringen. Die Botschaft des neuen Wirtschaftsliberalismus eröffnet die Chance, ein "Misch-System" für weltwirtschaftliche Prozesse und für jedes Entwicklungsland gemäß seinen Bedingungen und Erwartungen im Hinblick auf das Gemeinwohl zu entwickeln[43]. Dies erlaubt es - wirklichkeitsnah - auch noch einen Weltmarkt als marktwirtschaftliche Ordnung zu denken, auf dem als "Teil-Systeme" nicht nur große Unternehmen und Zusammenschlüsse von ihnen Anbieter und Nachfrager sind, sondern auch ganze Staaten. In dieser Fortsetzung des Individualprinzips auf der Ebene der Weltwirtschaft und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ließe sich auch das Subsidiaritätsprinzip wiedererkennen. Ob Haushalte und Unternehmen in der nationalen Ordnung der Industrieländer nach "paternalistischer Staatsauffassung" hierarchisch, kooperativ oder demokratisch organisiert sind, darum kümmern sich gerade die radikalsten Verfechter der marktwirtschaftlichen Prinzipien am allerwenigsten. Sie neigen paradoxerweise zum "paternalistischen Ideal", auch wenn die modernen Unternehmen die Größe von Kleinstaaten erreichen und nationale Grenzen überspringen.

Diese paradoxe Behandlung wirtschaftlicher Ordnung bzw. wirtschaftlicher Organisation prägt traditionelle Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre nach unterschiedlichen Idealtypen - Marktwirtschaft für die Volkswirtschaft,"Planwirtschaft" für die Betriebswirt-

schaft.

Die Hoffnung auf Konfliktlösung durch Marktwirtschaft steht außerdem einerseits in auffälligem Kontrast zur - doch offenbar möglichen und sogar notwendigen - "zentralen Organisation" der Welt nach Ost und West sowie andererseits zu der Sehnsucht der Menschen nach "dritten Wegen", "eigenen Wegen", "nationalen Wegen" oder gar einer"dritten Welt". Diese Aspekte verdienen abschließend noch gesonderte Beachtung.

3. Entwicklungspolitik als Organisationsproblem statt Entscheidungslogik

Das traditionelle Denken in den Alternativen Markt- oder Planwirtschaft neigt dazu, die Entwicklungspolitik mehr nach Prinzipien zu bewerten und weniger nach den zu lösenden Aufgaben. Politik ist im marktwirtschaftlichen Denkmuster letztlich nur notwendig, weil die marktwirtschaftlichen Allokationsprozesse zu viel Zeit erfordern und Not und Elend in der Welt Maßnahmen erzwingen (so ein Gedankengang des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium)[44]. Darin äußert sich die Vorstellung der traditionellen Wirtschaftstheorie, daß Nutzen- und Gewinn-Maximum der Individuen über den Marktmechanismus zu einem Wohlfahrtsmaximum führen. Die Verallgemeinerung dieses "ökonomischen Denkens" zur "neuen politischen Ökonomie", zur Theorie der Politik, Demokratie, des Rechts und der Gerechtigkeit läßt sich in Analogie zu dem Versuch sehen, die gesamte Politik dem "militärischen Denken" und seinen "Sachgesetzen" zu unterwerfen.

3.1 Die Effizienz von Teilsystemen und Gesamtsystemen

Es ist notwendig, in einem nicht mechanischen, sondern

der sozialen Organisation angemesseneren "organischen Denken" - im Sinne der Bedeutung von "organischer Entwicklung" im alltäglichen Sprachgebrauch - streng zwischen den Effizienzkriterien von Teil-Systemen der Gesellschaft und der Effizienz des gesamten sozialen Systems zu unterscheiden. Erst dann geraten die eigentlichen Dimensionen des Entscheidungsproblems in einer sozialen Organisation in den Blick. Die Entscheidung liegt gerade darin zu bestimmen, welches Gewicht "Sachentscheidungen" von Experten aus einem Teilbereich in der gesamten sozialen Organisation erhalten, um Gemeinwohl oder sogar "internationales Gemeinwohl" zu realisieren. Für seine Bestimmung gibt es kein "geschlossenes Modell" aus dem heraus sich die Bedingungen eines Wohlfahrtsmaximum ableiten ließen. Gemeinwohl sichern meint ständige "politische Abstimmung", um unbefriedigende Zustände zu ändern. Demokratie, die Faustregel daß Gemeinwohl schon verbessert wird, wenn eine Mehrheit von Menschen sich "wohler fühlt", bleibt die einzige Hoffnung, daß die heutige "soziale Frage der Welt" gelöst wird.

Ökonomische Effizienzmaßstäbe lassen sich nicht nach dem marktwirtschaftlichen Denkmuster auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Angesichts der Beliebtheit und des Ansehens solcher "neuen theoretischen Entwicklungen" bedarf es schon drastischer Bilder um die Problematik deutlich zu machen: Ökonomisches Prinzip, wirtschaftliches Wachstum haben mit Gemeinwohl so viel zu tun, wie Liebe mit Prostitution. Nicht zufällig aber ist Prostitution kein Ausdruck von Wohlbefinden, sondern von "Geldgier" oder Mangel an Möglichkeiten zu einem anderen - lebensnotwendigen - Broterwerb. Deshalb ist es ebenfalls kein Zufall, daß in den Industrieländern mit

steigendem Überfluß an materiellen Gütern der Maßstab "wachsendes Sozialprodukt" an Bedeutung für eine Steigerung des Gemeinwohls verliert. Die Vorstellung, über Marktwirtschaft und wirtschaftliches Wachstum eher Konsens zu erzielen, wurzelt in den Erfahrungen aus einem früheren Entwicklungsstadium des wirtschaftlichen Mangels und der materiellen Not. Schaut man darüber hinaus auf die Entwicklungsgeschichte, so bringt heute der Prinzipienstreit um Markt- und Planwirtschaft die Welt eher an den Rand des Abgrundes als religiöse, moralische oder kulturelle Differenzen. Sie dienen immer nur als Waffe, wenn "neue theoretische Entwicklungen" oder herrschende Eliten das Gemeinwohl vernachlässigen. Das passierte in den deutschen Bauernkriegen des 15. und 16. Jahrhunderts ebenso wie es heute im Iran passiert und in Polen, eventuell zukünftig in Ägypten. Indien als typisches Beispiel einer unübersehbaren Fülle religiöser, moralischer und kultureller Differenzierungen "überlebt" als nationale Einheit trotz oder gerade wegen dieser Vielfalt.

Die Ökonomen können zwar sagen, was Bedürfnisbefriedigung im sozialen Leben gemäß ökonomischen Prinzipien "ökonomisch kostet", sie können sich aber nicht anmaßen, aus dem Vergleich dieser ökonomischen Kosten und dem ebenfalls "ökonomisch bewerteten Nutzen" ein "Wert-" bzw. "Unwert-Urteil" über gemeinwohlsteigernde Wirkungen von politischen, demokratischen Entscheidungen abzugeben. Die einzige Hoffnung für Gemeinwohl entsprechend den Bedürfnissen der Menschen in der freiheitlich-demokratischen Ordnung ist letztlich der demokratische Entscheidungsmechanismus, nicht irgendein Prinzip und seine "Entscheidungslogik". Wenn Verfechter marktwirtschaftlicher Prinzipien für Entwicklungsländer bzw. für die Weltwirtschaft zulassen, daß soziale Sicherheit, Gerech-

tigkeit und Freiheit von materieller Not für die Masse der Bevölkerung unerreichbar erscheinen, dann zwingt - wegen des marktwirtschaftlichen Denkens in unversöhnlichen Alternativen - die "reine Logik" zur Systemüberwindung, zum "Antimodell Planwirtschaft", zum Sozialismus bzw. Kommunismus. Die Angst vor der "Volksfront" wird Systemüberwindung in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung, wenn daraus eine "Front gegen das Volk" wird.

Solcher Gefahr setzen sich auch "Realpolitiker" bzw. "Macher" in Wirtschaft und Politik aus, wenn sie glauben in ihren Entscheidungen im Rahmen eines Teilsystems durch eine "Diktatur der Mehrheit" behindert zu werden. Aus ähnlichen Vorstellungen heraus erfolgt die "Bürgerbeschimpfung" nach Maßstäben der "Sachlichkeit" und "Effizienz", die der ineffizienten, unsachlichen Politik entgegengehalten werden. Die Demokratie ist nicht für die "Sachlichkeit" und "Effizienz" von Teilsystemen der Gesellschaft da, sondern die "Sachlichkeit" hat der Demokratie und den in demokratischen Entscheidungsprozessen zustandegekommenen Zielen einer sozialen Organisation zu dienen. Was Ökonomen als Dummheit erscheint, Irrationalität, Unsachlichkeit, kann in der Perspektive der Gesellschaft als soziales System gerade die Freiheit zur Entscheidung nach individuellen Präferenzen und "irrationalen Launen" sein.

Das gilt auch für die Freiheit, sich in Gruppen und Staaten zu organisieren und kollektive Ziele zu verfolgen, um unbefriedigende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Zustände zu ändern; das gilt schließlich ebenso für die Freiheit zu entscheiden, was in einer Gesellschaft der - eigentlich demokratischen -

Mehrheit der Stimmen und was nach der Mehrheit der Kaufkraft geregelt werden soll. Den Rahmen dafür liefert die Wirtschaftsordnung. Die Bevorzugung des wirtschaftlichen Wachstums, der Marktwirtschaft und des Freihandels als "Effizienz-Kriterium" wirkt insbesondere bei der "politischen Unordnung" und dem "schwachen Staat" der Entwicklungsländer wie ein Auto ohne Motor und Straßen. Der gesunde Menschenverstand würde in dieser Situation aber nicht empfehlen, nur munter Autos zu bauen. Diese Einsicht müßte Ausgangspunkt für die Beurteilung der Rolle multi- bzw. transnationaler Unternehmen in Entwicklungsländern sein.

Das obige Bild macht deutlich, daß es - von der historischen Entwicklung der Industrieländer bestätigt - das Gemeinwohl gefährdet, wirtschaftliches Wachstum und Verteilung gemäß dem Paradigma in den Leitbildern Marktwirtschaft sowie Soziale Marktwirtschaft zu trennen. Das ist nur unter im voraus zu schaffenden Rahmenbedingungen und Regeln möglich, wie am Beispiel der Bundesrepublik gezeigt wurde. Andernfalls schafft wirtschaftliches Wachstum nicht größeres Gemeinwohl, größeren sozialen Frieden, größere Leistungsmotivation, sondern macht nur die ungleichen Verteilungswirkungen "ungerechter Strukturen" sozialer Organisation deutlicher und bewußter. Das erklärt, warum zum Erstaunen mancher Marktwirtschaftler wirtschaftliches Wachstum nicht zufriedener, leistungsbereiter macht, sondern zu politischer Umverteilung provoziert.

Die Anwendung der Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft auf Entwicklungsländer erfordert damit - endgültig - ein anderes Denken als es die Ökonomen in der (reinen) Wirtschaftstheorie lernen. Aus diesem neuen

Denken lassen sich aber auch neue Einsichten in politisches Denken und Handeln sowie entsprechender nationaler und internationaler sozialer Organisation gewinnen.

3.2 Von der wirtschaftlichen Entscheidungslogik zur Sozialwissenschaft

Wenn der Staat in Fortsetzung des Individualprinzips weltwirtschaftlich als soziales System gedacht wird, so führt die Analogie zum nationalen System zu paradox erscheinenden Einsichten: Hier wird geduldet - oder gar von Marktwirtschaftlern wegen der "Effizienz" besonders konsequent gefordert - daß Unternehmen und Haushalte als eine "Entscheidungseinheit" (Planrationalität) auftreten, die individuellen Gewinn bzw. Nutzen und über einen "funktionsfähigen Marktmechanismus" soziale Wohlfahrt maximieren. Unternehmen können dabei aber in der modernen Wirtschaft die Größe von Staaten erreichen, ohne daß dies gerade überzeugte Marktwirtschaftler veranlaßt, die "Ölfleck-Theorie" anzuwenden und daraus eine "private Zentralverwaltungswirtschaft" abzuleiten. Im Gegenteil Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre leben mit unterschiedlichen, alternativen "Denk-Systemen" friedlich nebeneinander, betrachten sich als Einheit oder wenigstens als Ergänzung. Auch (mikro-)theoretisch sind sie Bestandteile eines einheitlichen, unzerstörbaren Bauplanes einer "Idealwelt" aus dem ökonomischen Prinzip. Die Theorie der Wirtschaftspolitik spricht - allerdings nur im Falle der Planwirtschaft - von einem "holistischen Ansatz". Das Gemeinwohl in der Praxis entsteht aber deswegen noch nicht aus einem ebenso holistischen Ansatz einer sozialen Welt als (reine) Marktwirtschaft, sondern gerade aus der Abweichung der Wirklichkeit vom diesem Idealsystem als "Misch-System",

"dritter Weg", dritte Welt.

Der Grund ist - in systemorientierter Perspektive - einfach: Freiheitlich-demokratische Ordnung ist keine (reine) Mechanik aus Rationalität sowie Erwerbs- und Tauschtrieb, sondern ein ständiger, irrationaler Schöpfungsprozeß. In ihm schafft selbst eine bloße Idee, eine "reine Theorie" bereits neue soziale Wirklichkeit. Deshalb braucht in der Wirklichkeit auch nicht befürchtet zu werden, daß mehr "kollektive Lenkung" oder mehr Markt zum sozialistischen "Weg zur Knechtschaft" für die einen "Denk-Mechaniker" und zum kapitalistischen "Weg zur Knechtschaft" für die anderen "Denk-Mechaniker" führen. Auch "kollektive Entscheidungen" lösen in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung nur Organisationsimpulse aus, die nicht die ganze Struktur der Organisation zerstören und das soziale Leben "zentralisieren" - dem Magneten vergleichbar, der die Eisenspäne "ausrichtet". Die soziale Organisation gleicht - entgegen der durch individuelle Rationalität gesteuerten Mechanik der reinen Wirtschaftstheorie - einem schwarzen, undurchsichtigen Kasten (black box). Impulse, die in ihn hineingehen (inputs) zeigen eventuell Wirkungen nach außen (outputs). Über die "Kausalität" läßt sich aber auf keinen Fall soviel sagen, daß daraus soziale Zustände mit maximaler sozialer Wohlfahrt abgeleitet werden könnten. Aber eine Richtung, in der Veränderungen stattfinden müßten, läßt sich aus solcher Erfahrung schon eher absehen. Wissenschaftliche theoretische Modelle für eine so verstandene Wirklichkeit werden nicht wirklichkeitsnäher durch Erweiterung einfacher Modelle zu solchen größerer und größter Kompliziertheit, sondern durch Reduktion von Komplexität, Abgrenzung von Teilsystemen

und ihren Regelkreisen (z.B. Wirtschaft als Markt und Politik als Demokratie).

Das hat allerdings die - für Marktwirtschaftler freiheitsbedrohende - Folge, daß Theorie über wirtschaftliches und soziales Leben nie im luftleeren Raum erfolgen kann - mit der Erwartung, die Wirklichkeit werde "falsche Theorien" schon als Sonne an den Tag bringen. Denn kein Sozialwissenschaftler kann sich anmaßen, darauf zu vertrauen, daß er wie Galilei feststellen kann: Und sie dreht sich doch. Eine - in dem wissenschaftlichen Alltag beinahe übliche - Möglichkeit der Reduktion von Komplexität entsprechend der Wirklichkeitsnähe ist der Wunsch, wirtschaftliche und soziale Zustände zu ordnen, zu erhalten und zu verändern. Es wäre deshalb sehr reizvoll, die - vereinfachten - Überlegungen der Ökonomen aus Industrieländern zur Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung unter diesem Blickwinkel zu analysieren. Ein - zunächst nur sprachliches - Ergebnis liegt in der Feststellung, daß die Neigung, die Soziale Marktwirtschaft als Orientierung zu benutzen, mit dem Grad der "wirtschaftstheoretischen Fundierung" der Überlegungen abzunehmen scheint.

Die moderne Betriebswirtschaftslehre schreckt dagegen das soziale systemorientierte Denken nicht mehr. Neben der traditionellen, jetzt "entscheidungsorientiert" genannten Betriebswirtschaftslehre - die eigentlich das "Entscheidende" durch Entscheidungslogik ersetzt wie die gemeinsame, traditionelle mikroökonomische Wirtschaftstheorie - bekam als modernen "sozial-orientierten" Zweig eine "systemorientierte Betriebswirtschaftslehre". In ihr ist das Unternehmen keine - dem "holistischen Ansatz" der Planwirtschaft folgende - gewinnmaximierende Einheit, sondern ein "produktives soziales System" mit Effizienz-Kriterien aufgrund eigener Interessen und Ziele (Bewährung, Gewinnerzielung am Markt) sowie von

der Umwelt vorgegebenen Zwecken. Die Volkswirtschaftslehre, insbesondere die Wirtschaftstheorie entfernt sich von einem solchen systemorientierten Ansatz umso weiter, je gläubiger "ökonomische Theorie" der Politik zur "neuen politischen Ökonomie", zur ökonomischen Interpretation von Demokratie, Recht und Gerechtigkeit wird. Das führt zu schwerwiegenden Rückwirkungen und Rechtfertigungen nach dem Muster von Marktrationalität oder Planrationalität, Freiheit oder Sozialismus auch im politischen Denken und Handeln.

3.3 Der "Urknall" als Anfang und Ende der "Denk-Mechanik"

Es verwundert - systemorientiert gedacht - nicht, wenn Markt- und Planrationalität national und international das politische Denken in feindliche Alternativen spalten bzw. diese Spaltung "sachlich", "systemunabhängig", "wertneutral" bzw. "wertfrei" mit ökonomischen Effizienzkriterien untermauern. Auch der Sozialismus, der dem wirtschaftlichen Wachstum Priorität gibt, erzeugt im sozialen und ökologischen System "Umweltprobleme".Statt die Erde als "Raumschiff", als produktives, soziales und biologisches System zu erkennen, sich darauf einzurichten, knappe Ressourcen besser zu nutzen bzw. zu verteilen, träumen insbesondere die Marktwirtschaftler davon, daß wirtschaftliches Wachstum nicht endet, nicht enden darf, nicht zugunsten der Entwicklungsländer in den Industrieländern sinken darf. Das geht so weit, daß umgekehrt der Weltraum als neues - dann sicher unbegrenztes - Reservat für Ressourcen keine "reine Utopie" mehr darstellt.

Zu den "Umweltproblemen" bzw. "externen Effekten" dieses Wachstumsdenkens zählte und zählt die Tatsache,

daß trotz ungeheurer Produktionsmöglichkeiten grob zwei Drittel der Weltbevölkerung in Hunger und Elend leben. Zur Beseitigung dieses Elends fällt es aber traditionellem (wachstumsorientierten) Denken leichter, sich neuen technischen Fortschritt, außerirdische Ressourcen, Erschließung fremder Gestirne vorzustellen (new frontiers) als eine "neue Weltwirtschaftsordnung", neue soziale Organisation, anderes, d.h. soziales Denken als Alternative zur "unmoralischen", wertfreien Rationalität von Prinzipien. Da die an sie anknüpfende Entscheidungslogik bzw. "Denk-Mechanik" einen festen Punkt braucht, neigen die in einer bestehen sozialen Organisation Bevorzugten zum "status quo", zu "überlieferten Wertungen" als Ausgangspunkt. Die Veränderung ist besonders heikel, wenn es sich um humanitäre, ethische und moralische Prinzipien handelt. Ihr "einseitiger" Gebrauch läßt sich aber aufdecken. So grenzt es an Heuchelei, wenn prinzipienbewußte Menschen einerseits ökonomische, biologische und medizinische Manipulation der individuellen Lebensbedingungen und Lebenserwartung als "Naturereignis" hinnehmen, bei Familienplanung und Bevölkerungspolitik aber ethische, moralische oder religiöse Werte ins Feld führen.Die ganze Misere dieses Denkens kommt darin zum Ausdruck, daß neuer Fortschritt in der Technologie als Rettungsanker für die erkannten Grenzen des Wachstums dient, aber nicht neue Organisation - des Denkens, der sozialen Ordnung, der Weltwirtschaftsordnung.

Ein typisches ökonomisch und politisch lehrreiches Beispiel bietet die Erfindung einer neuen Getreidesorte. Sie brachte mehr Ertrag, aber nur mit mehr Einsatz am Wasser, Kunstdünger und Kapital. Obgleich dies alles

Dinge sind, die gerade die Entwicklungsländer und ihre im Elend lebenden Mehrheiten nicht haben, machte die traditionelle "Wachstumsphilosophie" daraus eine "grüne Revolution" - als Mittel gegen die "rote Revolution"[45]. Das Nobel-Komitee verlieh dem Erfinder der Getreide-Sorte den Friedens-Nobelpreis. Heute muß - bei vielen noch verschämt - zugegeben werden, daß eine andere soziale Organisation bei alter, sehr alter Technologie (z.B. Stahl - statt Holzpflug), "Dienst mit dem Spaten" als soziale Pflicht wie "Dienst mit der Waffe" viel früher und schneller eine "grüne Revolution" hätte herbeiführen können. Heute hungern Millionen von Menschen, aber Böden liegen brach, Menschen sind ohne Arbeitsmöglichkeiten und soziale Organisation erzeugt an anderen Stellen Überschüsse und Verschwendung. Liegt das alles daran, daß marktwirtschaftliche Prinzipien nicht rein und vollständig in der ganzen Welt verwirklicht worden sind?

Beispiel und Frage demonstrieren, daß es zumindest auch oder vielleicht sogar in erster Linie am falschen Denken liegt, wenn unsere Welt sich in einem so beklagenswerten Zustand befindet. Vor allem in der Weltwirtschaftsordnung hinkt die neue soziale Organisation noch hinter der Industrialisierung und ihrer "Unordnung", ihren Möglichkeiten zur "Machbarkeit" sowie den organisch gewachsenen sozialen Strukturen her. Im Rausch der ökonomischen und technischen Erfolge erhoffen insbesondere Marktwirtschaftler von wirtschaftlicher Entwicklung den Wandel der sozialen Organisation. Die Problematik der Entwicklungsländer als "soziale Frage der Welt" zeigt aber erneut besonders deutlich, daß diese Orientierung am Gemeinwohl vorbeischießen und nachträglich Kompensation der "Wohlfahrtsverluste" sehr teuer bzw. für die Wohlfahrt der meisten Menschen zu spät sein kann. Ihnen

bleibt der Trost in einer anderen Welt möglicherweise ein besseres Los zu erhalten. Auch das ist natürlich ein Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens. Die Menschen sind jedoch immer weniger bereit, sich nur dieses Trostes zu bedienen.

Neuen Denkansätzen, die die Grundbedürfnisse der Menschen, ihre Existenzminima zum Ausgangspunkt der Allokation der knappen Resourcen machen[46] und nicht abstrakte Prinzipien, begegnet noch großes Mißtrauen - und, das ist der eigentliche Teufelskreis der Entwicklungspolitik - der Verdacht, Freiheit durch eine "internationale Zentralverwaltungswirtschaft", eine "Weltplanwirtschaft" ersetzen zu wollen. Dabei sind marktwirtschaftliche Prinzipien ein vorzügliches Instrumentarium der "pretialen Lenkung" - wie bereits die wissenschaftliche Betriebswirtschaftslehre in ihren Anfängen erkannte (Schmalenbach) -,um knappe Resourcen nach Zielen und Zwecken der sozialen Organisation zu verteilen. Durch diese "bessere Allokation" kann bzw. wird dann auch ein entsprechendes "besseres wirtschaftliches Wachstum" sich ergeben. Soziale Marktwirtschaft als entwicklungspolitische Strategie, verstanden als bedürfnis- bzw. sozialorientierte Strategie im Sinne der Strategie der zweiten und dritten Dekade der Vereinten Nationen, hätte hier eine Chance, weltweit ähnlich neue Maßstäbe zu setzen, wie im "Zeitpunkt Null" der Bundesrepublik.

Die Zeit aber eilt, wenn nicht nur die Entwicklungsländer in Hunger und Elend umkommen, sondern vor allem auch die östlichen und westlichen industrialisierten Länder davor bewahrt werden sollen, von ihrer eigenen Denkmechanik vernichtet zu werden. Dafür gibt es bereits das "mythologische Denkmuster" des "Zauberlehrlings", der die Geister, die er rief, nicht wieder los wird. Die

Denkmechanik feiert im militärischen Bereich mit Raketen, Anti-Raketen, Anti-Antiraketen wahre Orgien. Friedenspolitik gerät in den Geruch des "Vaterlandsverrates" - so, als ob bereits entsprechend der "Ölfleck-Theorie" der Gedanke an den Frieden automatisch die Landesverteidigung ruiniert. Das Überleben zwingt angeblich national (Zwei-Parteien-Demokratie) und international zur Organisation von Blöcken nach dem Muster Markt oder Plan, Freund oder Feind. Noch größere Rüstung soll analog zum wirtschaftlichen Wachstum der Erhaltung von Gleichgewicht, Frieden und Freiheit dienen. Dabei ist es keine Utopie mehr, daß diese Erde so endet, wie die naturwissenschaftlich untermauerte Denk-Mechanik die Welt beginnen läßt: Nämlich mit einem "Ur-Knall".

Natur- und Wirtschaftswissenschaft müssen erst wieder das lernen, was früher Wissenschaft auszeichnete: Weise, statt rational zu sein, Vernunft statt Verstand zu gebrauchen. So kommt ein weiser Mensch nicht auf die Idee, Wohlfahrt einer ganzen Gesellschaft maximieren zu können, die Bedingungen des Maximums aus dem Prinzip der Logik und Rationalität "offenbaren" zu können. Diese Anmaßung ist es, die moderne Wissenschaft zur Religion macht, aber ohne ihre moralischen, an Mensch und Gesellschaft orientierten Maßstäbe[47]. Nichts beweist diesen Verlust der Wissenschaft an Weisheit mehr als die Entthronung der Philosophie (Liebe zur Weisheit in der Übersetzung aus dem Griechischen) als Königin der Wissenschaft durch die Naturwissenschaft oder gar die Mathematik. Nun beginnen selbst die Ökonomen - auch darin Nachahmer der Naturwissenschaft - mit ökonomischer Theorie der Politik, der Demokratie, des Rechts und der Gerechtigkeit Ansprüche auf "geistige Weltherrschaft" zu erheben. Es ist noch Zeit, wenigstens diesen Anfängen zu

wehren.

Es sind die "Dissidenten", die "Systemüberwinder", die aus den Denkmustern von Markt- und Planrationalität, Freund und Feind und entsprechender "geschlossener", systemkonformer sozialer Organisation auszubrechen versuchen. Dazu gehören auch die Staatsmänner der Entwicklungsländer, die sich mehr (nationales und internationales) Gemeinwohl durch "dritte Wege", das Gegengewicht einer "dritten Welt", bzw. gar von einer pluralistischen politischen Organisation der Welt versprechen. Das kleidete Tansanias Staatschef Nyerere einmal in die Worte: Wir wollen Freund aller Länder sein; wir wollen aber nicht, daß unsere Freunde uns sagen, wer unsere Feinde sind. Ein anderer "Dissident", der emigrierte russische Schriftsteller Lew Kopelew, der 1981 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels erhielt, forderte in seiner Dankrede auf, nach der Kunst des Krieges nun die "Ästhetik und das Heldentum des Friedens" zu erkennen. Was anderes aber verbirgt sich dahinter als die Botschaft des Christentums (und anderer Religionen), das seit bald 2ooo Jahren immer noch und immer neu Kraft zu sozialer Organisation beweist. Es ist aber schlecht bestellt um die Offenheit einer sozialen Organisation, die Offenheit einer Gesellschaft, wenn erst die Hypothese bzw. Prognose der Revolution Veränderungen bestehender, als schlecht empfundener Verhältnisse in Gang setzt.

In einer solchen Welt wird die Hypothese der Revolution zu einem notwendigen Mittel, Gemeinwohl herzustellen bzw. zu verbessern; Revolution selbst wird zur "Notwehr" einer sozialen Organisation. Soziale Marktwirtschaft als "irenische Formel" zur Konfliktlösung sollte dazu eine Alternative bieten. Sie versagt aber, wenn daraus nur

ein Schlagwort wird, das nicht die Botschaft des neuen, sondern des alten Wirtschaftsliberalismus transportiert.

F u ß n o t e n:

1. "Die Welt" Hamburg vom 29.9.1981, S. 2 (Im Gespräch).

2. Siehe H. GRÖNER und A. SCHUELLER (Hrsg.), Internationale Wirtschaftsordnung, Stuttgart, New York 1978, Teil E, S. 239 ff.; WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, Fragen einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in: DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT, Studien-Reihe 15, Bonn, Göttingen 1976, S. 60, siehe auch S. 59 und S. 10.

3. A. MÜLLER-ARMACK, Artikel 'Soziale Marktwirtschaft', in: "Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, HdSW" Stuttgart, Tübingen, Göttingen Bd. 9 (1956), S. 390 ff.; R. BLUM, Artikel 'Marktwirtschaft, soziale', in: "Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, HdWW" Stuttgart, New York Bd. 5 (1980), S. 153 - 166.

4. A. MÜLLER-ARMACK, Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik (1960), Wiederabdruck in: Ders., Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration. Beiträge zur Wirtschaftspolitik Bd. 4, Freiburg im Breisgau 1966, S. 267 ff.

5. Vgl. Th. HERDER-DORNEICH, Wirtschaftsordnungen. Pluralistische und dynamische Ordnungspolitik, Berlin 1974, S. 72 ff.

6. R. DAHRENDORF, Markt und Plan - zwei Typen der Rationalität, in: Ders., Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft. Gesammelte Abhandlungen II, München 1972, S. 240 - 253.

7. H. SCHNEIDER, Mikroökonomie. Eine Einführung in die Preis-, Produktions- und Wohlfahrtstheorie, München 1973, S. 110 f.

8. Siehe K. BORCHARDT, Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in heutiger Sicht, in: O. ISSING (Hrsg.), Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Bd. 116, Berlin 1981, S. 33 ff., insbes. S. 44 ff.

9. Siehe dazu W.W. POMMEREHNE und B.S. FREY (Hrsg.), Ökonomische Texte der Politik. Hochschultext, Berlin, Heidelberg, New York 1979; B.S. FREY, Ökonomische Theorie der Politik, in: "Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, HdWW" Stuttgart, New York Bd. 5 (1980), S. 658 ff.; Vgl. auch K. BORCHARDT, a.a.O., S. 46 f.

10. Siehe dazu C.G. HOMANS, Social Behaviour as Exchange, in: "American Journal of economics and sociology", New York Vol. 63 (1958), S. 597 ff.; K.-D. OPP, Individualistische Sozialwissenschaft, Stuttgart 1979; R. DAHRENDORF, Der Markt als Kraft des Fortschritts, in: "Die Zeit" Hamburg vom 17.10.1980, S. 16.

11. F.A. von HAYEK, Der Weg zur Knechtschaft, 2. unv. Aufl., München 1971. Den 'kapitalistischen Weg zur Knechtschaft' beschreibt und analysiert bereits Karl Marx.

12. W. HAMM, Entartet die Soziale Marktwirtschaft, Tübingen 1957; H.O. LENEL, Haben wir noch eine soziale Marktwirtschaft?, in: "Ordo, Zeitschrift für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" Düsseldorf, München Bd. 23 (1971), S. 229 ff.; H. BONUS, Zur Transformation der Marktwirtschaft durch Sozialkomponente und Demokratisierung, in: O. ISSING, Zukunftsprobleme ..., a.a.O., S. 233 ff.

13. Siehe dazu W. ROTHSCHILD, Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypus, in: E. STREISSLER und Ch. WATRIN (Hrsg.), Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, Tübingen 1980, S. 13 ff.

14. K. BORCHARDT, a.a.O., S. 43

15. Siehe zu den beiden Perspektiven K. BORCHARDT, a.a.O., S. 44 und K.W. KAPP, Economic Development in a New Perspective: Existential Minima and Substantive Nationality, in: "Kyklos" Basel Vol. 17 (1965), S. 49 ff., insbes. S. 61.

16. K. BORCHARDT, a.a.O., S. 49 und S. 51. Vgl. auch WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, a.a.O., S. 59 f.

17. Siehe dazu R. BLUM, Die Problematik systemkonformer Steuerung sozialer Systeme, in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft" Tübingen Bd. 133 (1977), S. 128 - 146.

18. K. BORCHARDT, a.a.O., S. 43 und S. 45.

19. Siehe dazu D. POHMER, Dimensionen des direkten und indirekten Staatseinflußes, in: K.H. OPPENLÄNDER (Hrsg.), Unternehmerischer Handlungsspielraum in der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Situation, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 102, München 1979, S. 246 ff., insbes. S. 248; Sowie W.K. TABB, Government Regulations: Two Sides of the Story, in: "Challenge" New York Vol. 23 (1980), S. 40 ff.

20. K. LANCESTER und R.E. LIPSEY, The General Theory of the Second Best, in: "Review of Economic Studies" London Bd. 24 (1956/57), S. 11 - 32.

21. J.K. GALBRAITH, Der amerikanische Kapitalismus im Gleichgewicht der Wirtschaftskräfte. Eine neue Lehre vom wirtschaftlichen Kräfteausgleich als letztem Rückhalt des echten Kapitalismus, Stuttgart 1959.

22. J. SCHUMPETER, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern, München 1975; B.S. FREY, Ökonomische Theorie ..., a.a.O.; J.K. GALBRAITH, Die moderne Industriegesellschaft, München, Zürich 1972.

23. Diese Anmaßung kritisiert der traditionelle Wirtschaftsliberalismus lediglich bei sozialistischen Konzeptionen, siehe F.A. von HAYEK, Die Anmaßung von Wissen, in: "Ordo, Zeitschrift für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" Tübingen Bd. 26 (1975), S. 12 ff.

24. Siehe dazu Ders., Die drei Quellen der menschlichen Werte, Tübingen 1975, S. 15 und S. 17, vgl. auch S. 10 f. und S. 24 f.; K. BORCHARDT, a.a.O., S. 44 f, inbes. S. 52 Fußnote 45.

25. Siehe dazu K. POPPER, Das Elend des Historizismus, 5. verb. Aufl., Tübingen 1979; Sowie Ders., Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., Bern 1980.

26. H.-R. HEMMER, Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer. Eine Einführung, München 1978, insbes. S. 53 ff.; Siehe auch R. CLAPHAM, Marktwirtschaft in Entwicklungsländern. Zur Anwendung und Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Konzeptes, Freiburg im Breisgau 1973.

27. J. NIEHANS, Der Gedanke der Autarkie im Merkantilismus von einst und im Neomerkantilismus von gestern, Zürich 1945, Vorwort S. V, S. 3 ff., insbes. S. 6 und Vorwort S. VI.

28. Siehe D. SENGHAAS, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation, Frankfurt am Main 1977; von Urff bemüht sich deshalb um den Nachweis, daß 'self-reliance' systemneutral ist (Vgl. W. von URFF, Die Rolle der Landwirtschaft in einer Strategie der self-reliance, in: KHUSHI M. KHAN (Hrsg.), Self-reliance als nationale und kollektive Entwicklungsstrategie. Weltwirtschaft und internationale Beziehungen des Instituts für allgemeine Überseeforschung im Deutschen Übersee-Institut, München, London 1980, S. 201 ff., insbes. S. 203 und S. 224).

29. Siehe dazu R. BLUM, Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie, in: "Schmollers Jahrbuch" Berlin Jg. 89 (1969), S. 385 - 407., auch engl. Ders., The Interrelationships between Economic Policy and Economic Theory, in: "The German Economic Review" Stuttgart Vol. 8 (1970), S. 11 - 31.

30. J. ROBINSON spricht in diesem Zusammenhang von der "Fassade eines Dogmas mit soliden Interessen dahinter", vgl. J. ROBINSON, The New Mercantilism, in: Dies., Collected Economic Papers Vol. 4, Oxford 1973, S. 1 ff., insbes. S. 3. In Bezug auf die Entwicklungsländer heißt es, daß der 'neue Merkantilismus' für sie ein "brutales, zerstörerisches System" (Brutally abstructive) ist, vgl. ebenda S. 12.

31. H.G. JOHNSON, Mercantilism: Past, Present and Future, in: "Journal of World Trade Law" London Vol. 8 (1974), S. 1 ff.

32. Ders., The Efficiency and Welfare Implications of the International Cooperation, in: J.A. McDOUGALL and R.H. SNAPE (Eds.), Studies in International Economics (Monash Conference Papers), Amsterdam, London 1970, S. 101 (Übersetzung durch den Verfasser).

33. H. HESSE und H. SAUTTER, Entwicklungstheorie und -politik, Band 1 Entwicklungstheorie, Tübingen, Düsseldorf 1977, S. 68.

34. Vgl. R. HEMMER, a.a.O., S. 346 f.; H. HESSE, Promotion of Manufactured Exports as Development Strategy of Semi-Industrialized Countries: The Brasilian Case, in: "Weltwirtschaftliches Archiv" Kiel Bd. 8 (1972), S. 235 ff.; Er versucht zu zeigen, daß in weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern die Import-Substitution mit Erfolg durch eine Politik der Export-Förderung ersetzt werden kann.

35. K.W. ROTHSCHILD, Außenhandelstheorie, Außenhandelspolitik und Anpassungsdruck, in: "Kyklos", Bern Vol. 32 (1979), S. 47 ff., insbes. S. 47 f.

36. Siehe K. KLEPS, Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa. Die neuen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und ihre Problematik, Freiburg im Breisgau 1966.

37. A. MÖLLER-ARMACK, Zur Diagnose unserer wirtschaftlichen Lage (1947), in: Ders., Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern, Stuttgart 1974, S. 46.

38. Internationale Entwicklungsstrategie für die dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, in: BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT, Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 68, Bonn Mai 1981.

39. A. MÖLLER-ARMACK, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 11 (Vorwort).

40. Siehe z.B. R. CLAPHAM, Marktwirtschaft ..., a.a.O., insbes. S. 161; R. HEMMER, Wirtschaftsprobleme ..., a.a.O., S. 82 ff.; WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, a.a.O., S. 59, Ziff. 2. Erst in neueren Beiträgen taucht der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft auf: Siehe H. SAUTTER, ' Soziale Marktwirtschaft' als Ordnungsprinzip für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, in: O. ISSING, a.a.O., S. 633 ff.; R. CLAPHAM, Soziale Marktwirtschaft in Entwicklungsländern, in: LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft als nationale und internationale Ordnung, Stuttgart 1978, S. 78 ff.; J.G. TODTENHÖFER, Wachstum für alle. Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1976.

41. Siehe dazu U.E. SIMONIS, Kritik der entwicklungspolitischen Empfehlungen der Nord-Süd-Kommission, in: "aus politik und zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung "das parlament" Bonn vom 13.9.1980, S. 3 ff.

42. J. TINBERGEN (Koordinator), Reshaping the International Order. A Report to the Club of Rom, New York 1976, S. 107.

43. Siehe R. BLUM, Eine dynamische Theorie der Wirtschaftsforschung als Lösung ordnungspolitischer Probleme der Entwicklungsländer, in: B. PFISTER (Hrsg.), Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Neue Folge Bd. 60, Berlin 1971

44. WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, a.a.O., S. 30.

45. R. BLUM, Grüne Revolution als entwicklungspolitische Strategie, in: "Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" Berlin Vol. 92 (1972), S. 169 - 183.

46. Siehe dazu K.W. KAPP, Economic Development, a.a.O., insbes. Teil III, S. 64 ff.; W.A. JÖHR, Das Bariloche-Modell. Ein lateinamerikanisches Weltmodell, in: "Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik" Bern Jg. 117 (1981), S. 109 ff.

47. Siehe dazu K.W. KAPP, Toward a Science of Man in Society. A Positive Approach to the Integration of Social Knowledge, in: "Studies in social life" The Hague Heft 6 (1961).

Bisher erschienen unter der Fachgruppe Makroökonomie

Beitrag Nr. 1:	Bernhard Gahlen	: Neuere Entwicklungstendenzen und Schätzmethoden in der Produktionstheorie
Beitrag Nr. 2:	Ulrich Schittko	: Euler- und Pontrjagin-Wachstumspfade
Beitrag Nr. 3:	Rainer Feuerstack	: Umfang und Struktur geburtenregelnder Maßnahmen
Beitrag Nr. 4:	Reinhard Blum	: Der Preiswettbewerb im § 16 GWB und seine Konsequenzen für ein "Neues Wettbewerbskonzept"
Beitrag Nr. 5:	Martin Pfaff	: Measurement Of Subjective Welfare And Satisfaction
Beitrag Nr. 6:	Arthur Strassl	: Die Bedingungen gleichwertigen Wachstums

Bisher erschienen unter dem Institut für Volkswirtschaftslehre

Beitrag Nr. 7:	Reinhard Blum	: Thesen zum neuen wettbewerbspolitischen Leitbild der Bundesrepublik Deutschland
Beitrag Nr. 8:	Horst Hanusch	: Tendencies In Fiscal Federalism
Beitrag Nr. 9:	Reinhard Blum	: Die Gefahren der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
Beitrag Nr. 1o:	Reinhard Blum	: Ansätze zu einer rationalen Strukturpolitik im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung
Beitrag Nr. 11:	Heinz Lampert	: Wachstum und Konjunktur in der Wirtschaftsregion Augsburg
Beitrag Nr. 12:	Fritz Rahmeyer:	: Reallohn und Beschäftigungsgrad in der Gleichgewichts- und Ungleichgewichtstheorie
Beitrag Nr. 13:	Alfred E. Ott	: Möglichkeiten und Grenzen einer Regionalisierung der Konjunkturpolitik
Beitrag Nr. 14:	Reinhard Blum	: Wettbewerb als Freiheitsnorm und Organisationsprinzip
Beitrag Nr. 15:	Hans K. Schneider	: Die Interdependenz zwischen Energieversorgung und Gesamtwirtschaft als wirtschaftspolitisches Problem
Beitrag Nr. 16:	Eberhard Marwede und Roland Götz	: Durchschnittliche Dauer und zeitliche Verteilung von Großinvestitionen in deutschen Unternehmen